

25 000 Fr Feriengeld!

Gewinnen Sie heute im **BLICK-Spiel** → Seite 10

Augen-Schmaus macht Ohrenweh

Warum spricht Bachelorette **Frieda Hodel** ein so seltsames Deutsch?



→ Seite 12

Blick

Fr. 2.50



Foto: Reuters

Späte Messi-Show

Barcelona fertigt Bayern mit 3:0 ab

→ Sport

für die Schweiz | Donnerstag, 7. Mai 2015



FDP-Nationalrätin **Christa Markwalder** lässt sich für Kasachstan-PR einspannen. So ferngesteuert sind unsere Volksvertreter.

Politiker in fremden Diensten

Entlarvt!

→ Seiten 2-3

Floriana hat einen Traum

«Ich würde gerne mal wie Marilyn Monroe aussehen.»



Floriana (19) aus Parma (I) ist Sprachstudentin. Der Star des Tages (1,70 m, 48 kg, Widder) hat einen Freund.

Auch interessiert an einem VIP-Shooting?

Schick ein Ganzkörperfoto mit Angaben zu deiner Person an star@blick.ch oder per MMS mit Keyword STAR an die Nummer 8989 (70 Rappen pro MMS).

Für jedes Shooting gibts 400 Franken Sackgeld

Alle Fotos unserer Seite-1-Girls auf **Blick.ch**

Fotos: Shane Wilkinson

Der umstrittenste Manager der Schweiz

Glencore-Chef Ivan Glasenberg steht unter Dauerbeschuss von links. Im BLICK erklärt er sein Geschäft – und wie viel Steuern er abliefern. → Seiten 8-9



Foto: Philippe Rossier

Achtung! Tödliche Medikamente

Der Bund warnt vor Bestellungen bei Internet-Apotheken. Eine neue Studie beweist die Risiken.

1. In der Grauzone

90 Prozent der Anbieter, die sich als seriöse Internetapotheken geben, arbeiten illegal. Ihre Arzneimittel, die oft aus Asien stammen, vertreiben sie ohne Bewilligung.

2. Die Heilmittel-Polizei

Swissmedic, das Schweizerische Heilmittelinstitut, überwacht die Arzneimittel-Einfuhr in Zusammenarbeit mit Zoll- und internationalen Behörden.

3. Schlankheitsmittel

Aktuell hat Swissmedic 61 illegal importierte Schlankheitsmittel analysiert. Ein Mittel wurde sogar als lebensgefährlich eingestuft. Und mehr als die Hälfte der Produkte enthielt den Appetitzügler

Sibutramin. Ein seit 2010 in der Schweiz verbotener Wirkstoff: US-Forscher wiesen in 34 Fällen den Tod durch Sibutramin nach.

4. Fälschungen

Forscher aus Kalifornien haben 17 000 gängige Medikamente geprüft. 41 Prozent waren gefälscht, teilweise ohne Wirkung oder lebensgefährlich. Die Forscher warnen auch vor dem Internethandel und verlangen eine internationale Überwachung. Laut Schätzung sterben weltweit jedes Jahr eine Million Menschen an gefälschten Medikamenten.

6

Fakten zu Internet-Apotheken

5. Machtlosigkeit

In der Schweiz gibt es noch keine rechtliche Grundlage, um den Internethandel zu unterbinden. Aber es ist verboten, aus dem Ausland grosse Mengen Arzneimittel zu importieren. Eine Privatperson darf höchstens einen Monatsbedarf einführen und betäubungsmittelhaltige Arzneien nur mit Arzt-Rezept.

6. Der Apotheker um die Ecke

Die Hälfte von 1212 befragten Schweizern holt sich Rat beim Apotheker – nicht im Netz.

Franca Siegfried

Das Wetter

Donnerstag

17° | 8°

Mehr Wetter & 5-Tages-Prognose → Seite 16

MH17 Russen ändern Linie

Moskau – Die vom Kriml beeinflussten russischen Medien bereiten eine Wende vor, wie «Spiegel Online» berichtete: Zeitungen wie die «Nowaja Gaseta» schreiben, dass wohl doch eine Buk-Rakete im Juli 2014 die Boeing 777 der Malaysia Airlines in der Ostukraine abgeschossen habe. Bisher verbreiteten Russlands Medien immer die These, ein ukrainischer Kampffluger habe Flug MH17 getroffen – was internationale Experten für absurd halten. Nun wird vermutet, dass die Russen sich auf die Buk-Version zurückziehen, bevor der offizielle niederländische Bericht präsentiert wird. Doch auf eins beharrt Moskau: Gesteuert wurde die Buk nicht von prorussischen Rebellen, sondern von ukrainischen Soldaten.

Blick

Redaktion Blick
Postfach, 8021 Zürich
Redaktion: 044 259 62 62
Abos: 0848 833 844
(max. 8 Rp./Anruf aus dem Festnetz)

redaktion@blick.ch
aboservice@ringier.ch

AZ 4800 Zofingen
Nr. 104 – 57. Jahrgang

★★★★★

9 771013 066000 00104

Berngesteuer

Von Joël Widmer, Nico Menzato, Ruedi Studer und Christoph Lenz

Es ist ein krasser Fall von Lobbying in Bern: Die PR-Agentur Burson-Marsteller hat im Auftrag des kasachischen Politikers Asat Peruaschew einen Vorstoss formuliert. Eingereicht hat ihn 2013 die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, die nächstes Jahr höchste Schweizerin werden möchte. Über 7000 Franken verdiente die PR-Agentur mit dem Vorstoss, wie die «NZZ» aufgrund von E-Mails aufzeigt. Ziel des Vorstosses: das Image der kasachischen Politik zu verbessern.

Pikant: Auf Wunsch der Kasachen wurde der Begriff Menschenrechte aus dem Vorstoss-Entwurf gestrichen. Markwalder beteuert, sie habe mit den Fragen an den Bundesrat zu Demokratisierung und einem Justizfall kein Geld verdient. Sie räumt aber ein, zu gutgläubig agiert zu haben (siehe rechts).

Aggressives Lobbying ist im Bundeshaus an der Tagesordnung. PR-Leute wie die ehemalige FDP-Generalsekretärin Marie-Louise Baumann, die im Kasachen-Fall für Burson-Marsteller die Fäden zog, sind in der Wandelhalle omnipräsent. Während Sessions können Politiker auch jeden Tag aus rund zehn Lobby-Anlässen auswählen – samt Apéro oder Essen.

Nicht nur Vorstösse werden vorformuliert. In Kommissionen, wo neue Gesetze vorbereitet werden, sind PR-Interventionen besonders effektiv. Oft stellen eingeseifte Politiker von Verbänden oder PR-Firmen fixfertig formulierte Anträge für Änderungen in Gesetzes-Artikeln.

Und die Lobbyisten schrecken dabei offenbar auch vor falschen Behauptungen nicht zurück. Laut einem Parlamentarier hat kürzlich ein Lobbyist eines grossen Wirtschaftsverbandes beim Geldwäschereigesetz behauptet, ein Alternativvorschlag zum Bargeldverbot werde vom Bundesrat unterstützt und sei mit internationalen Regeln konform. Beides habe sich als falsch herausgestellt.

Viele PR-Firmen haben das Bundeshaus im Visier. Eine der grossen ist Furrer-Hugi, die für



Illustration: Igor Kravarik



«Arbeit von PR-Firmen mit Politikern ist alltäglich.»
Lorenz Furrer

vertrauliche Gespräche unweit des Bundeshauses auch ein Privatrestaurant betreibt. «Grundsätzlich ist es ein ganz alltäglicher Vorgang, dass Politiker mit Interessengruppen und PR-Agenturen zusammenarbeiten», sagt Lorenz Furrer, Partner der FDP-nahen Berner Agentur.

Die Zusammenarbeit mit Politikern bestehe darin, Informationen und Ideen auszutauschen, dazu würden auch Inputs für Vorstösse gehören. **«Ich kenne keinen Parlamentarier in Bern, der noch nie die Dienste einer Lobbygruppe – sei es WWF, sei es Gewerbeverband – in Anspruch genommen hat.»** Pfannenfertige Vorstösse biete er aber nicht an, so Furrer.

Dies beteuert auch Daniel Heller von der PR-Firma Far-

ner: «Politische Vorstösse, die in Zusammenarbeit mit einem Interessenvertreter entwickelt werden, durchlaufen vor der Einreichung immer einen Reinigungsprozess zwischen dem involvierten Politiker und den Interessenvertretern.»

Laut Burson-Marsteller-CEO Matthias Graf ist es «üblich, dass Politiker von Beratungsunternehmen unterstützt werden». Dies könne auch das Formulieren von Texten beinhalten. Die Entscheidung über den Wortlaut sei aber immer Sache der Parlamentarier.

Markwalders Interpellation ist ein fremder Fötzel.



Blick.ch Umfrage
Haben Lobbyisten zu viel Einfluss im Bundeshaus?

- Ja, die wickeln die blauäugigen Politiker nur so um den Finger.
- Nein, wo politisiert wird, gabs schon immer Einflüsterer.
- Nur ich hab keine Lobby!

Stimmen Sie ab auf [Blick.ch](#)
LOBBY

«Das ist dumm gelaufen. reingefallen.»

«Falls Frau Markwalder sich für ihren Vorstoss direkt oder indirekt – etwa durch eine Reise – entschädigen liess, müsste sie die Konsequenzen aus solchem Fehlverhalten ziehen.**»**
SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli

«Problematisch ist, dass eine Partei eines anderen Landes via eine PR-Firma eine Politikerin mit einem Vorstoss beauftragt. Dieser Fall hat sicher

einen Einfluss auf die Wahl zum Nationalratspräsidentium.»
SP-Fraktionsschef Andy Tschümperlin

«Gerade in der Aussenpolitik hat man auch mit heikleren Ländern zu tun. Da bestehen in den Beziehungen immer Risiken. Das darf man nicht hochschaukeln. Nur wer



Nicht mehr glaubwürdig

Einem Demokraten dreht sich da der Magen um: Im Bundeshaus wird ein Vorstoss eingereicht, den vorher ein obskurer Kasache nach seinem Gusto umgeschrieben hat. Ein Vorstoss, zu dem sich die künftige Nationalratspräsidentin Christa Markwalder naiv hat instrumentalisiert lassen.

Richtig kritisieren mag sie niemand von ihren Kollegen – dies ist auch Ausdruck davon, wie verbreitet das Problem ist. Viele haben wohl Angst vor Lobby-Leichen im eigenen Keller. Gerade Milizpolitiker sind anfällig. Kein Wunder, haben Verbände, NGOs, Firmen und Staatsbetriebe heute

Das meint Blick
Matthias Halbeis
Co-Politikchef
matthias.halbeis@ringier.ch

Lobbyisten. Bei Politikern aller Parteien versuchen sie einzuflüstern – und bieten Dienstleistungen mit Hintergedanken an.

Christa Markwalder hat sich vor den Karren fremder Interessen spannen lassen. Auf eine Weise, die das übliche Mass überschreitet. Sie sollte auf das Ehrenamt der höchsten Schweizerin verzichten. Eine derart belastete Präsidentin kann das Parlament nicht glaubwürdig vertreten.

Berset strahlt für Franziskus

Gestern stand die Schweiz im Vatikan im Mittelpunkt. Papst Franziskus bekam 32 weitere Beschützer aus unserem Land und kriegte Besuch von einem Magistraten: **Bundesrat Alain Berset begleitete die neuen Schweizergardisten an ihre Vereidigung.** In Begleitung des Innenministers war auch die gesamte Walliser Kantonsregierung. Das Wallis war dieses Jahr Gastkanton an der Vereidigung – und stellte mit acht Gardisten



32 neue Schweizergardisten wurden gestern vereidigt (o.). Bundesrat Berset war dabei – was ihn genauso freute wie Papst Franziskus (r.).



Fotos: AP

auch das grösste Kontingent. Berset nutzte den Besuch auch für eine Visite bei Erzbischof Paul Gallagher, dem Aussenminister des Papstes.



Christa Markwalder

«Ich war zu gutgläubig»

Blick Warum haben Sie einen von einer kasachischen Partei finanzierten und von einer PR-Firma geschriebenen Vorstoss eingereicht?

Christa Markwalder: Vor zwei Jahren war der Parteiführer der liberalen kasachischen Opposition hier im Bundeshaus und hat uns sein Programm vorgestellt. Das beinhaltet vor allem den Einsatz für Menschenrechte, Kampf gegen Korruption und Wirtschaftsfreiheit. Es schien mir sinnvoll, diese Opposition zu unterstützen. Eine Schweizer PR-Agentur hatte von ihnen ein Mandat. Ich habe in einer Interpellation dem Bundesrat sechs Fragen gestellt.

Ausgerechnet den Begriff Menschenrechte wollten die Kasachen aber nicht im Text. Warum? Das entzieht sich auch meiner Kenntnis. Die PR-Agentur hat mit dem Auftraggeber gearbeitet. Diesen habe ich nicht gekannt. Nun wurde daraus eine grosse Geschichte gemacht, obwohl es sich nur um eine

Interpellation handelt. Ich habe kein Geld erhalten oder irgendeinen Vorteil aus dieser Sache gezogen. Im Gegenteil, ich habe nun den Schaden.

Sie liessen sich instrumentalisieren.

Man kann mir vorwerfen, ich sei zu gutgläubig und zu vertrauenselig.

Sehen Sie sich noch immer als politisches Vorbild, das nächstes Jahr den Nationalrat präsidieren soll?

Ich hoffe mich sehr auf das Amt. **Haben Sie keine Angst, dass so Ihr Fall ein schlechtes Licht auf das Parlament wirft?**

Ich hoffe nicht. Es ist Teil unseres Milizsystems, dass wir mit verschiedenen Organisationen zusammenarbeiten, wie zum Beispiel mit Verbänden oder Nichtregierungsorganisationen.

Vorstösse als Geschäft

Bern – An Sessionen verschmilzt **Marie-Louise Baumann** (Bild) fast mit dem Interieur des Bundeshauses. Die Top-Beraterin des PR-Riesen Burson-Marsteller (BM) geht hier schon lange ein und aus. Für ihren Job ist ihr Werdegang bildbuchmässig: von 1970 bis 1979 Chefin des Rechtsdienstes der Bundeskanzlei, von 1979 bis 2000 bei der FDP Schweiz. BM warb einst damit, wie gut Baumanns politische Erfahrung ihren Kunden zugutekomme – etwa dann, wenn sie für sie Vorstösse platziert.



Sie ist



FDP-Präsident Philipp Müller

nichts macht, macht keinen Fehler.»

FDP-Aussenpolitiker Walter Müller

«Der Einfluss von aussen ist zu stark, manchmal sogar grenzwertig. Es hat ordentlich genug Lobbyisten im Bundeshaus. Der neueste Fall ist ein Warnschuss für die Parlamentarier, genau zu überprüfen, mit wem, wofür und wie man arbeitet.»

CVP-Nationalrat Christian Lohr



Das geht uns auf die Nüsse!

Konsumenten müssen für Nüsse und Mandeln tiefer in die Tasche greifen. **Migros erhöht jetzt den Preis von mehreren Produkten.** Beispiele: 200 Gramm gemahlene Haselnüsse (M-Classic) kosten neu 4.30 Franken, die Alnatura Haselnuss-Schnitte 1.10 Franken – ein Plus von jeweils rund 15 Prozent.

Grund für den Preisanstieg ist eine **miese Haselnussernte in der Türkei, dem wichtigsten**

Anbauland, im letzten Jahr. Migros-Sprecherin Martina Bossard bestätigt: «Der Haselnussmarkt hat sich bei weitem noch nicht beruhigt.» Weitere Preiserhöhungen seien möglich.

Dasselbe bei Aldi. Haselnüsse kosten beim Discounter bereits seit Ende Jahr über neun Prozent mehr. Die Preise für Pistazien, Mandeln und Baumnüsse in Schalen stiegen seither auch um neun Prozent. Für die teureren Mandeln ist die Dürre

POLITIK & WIRTSCHAFT

UBS fordert eine Regulierungs-Bremse

Zürich – Die Grossbank UBS will die Flut von neuen Gesetzen in der Schweiz stoppen. In den letzten zehn Jahren sei die Rechtssammlung des Bundes um 12 000 auf 66 000 Seiten angeschwollen. Nach dem Vorbild der Schuldenbremse fordert UBS-Schweiz-Chef Lukas Gähwiler eine Regulierungs-bremse: Für jedes neue Gesetz müsse das Parlament ein bestehendes streichen.

Unternehmen sehen die Zukunft schwärzer

Zürich – Schweizer Unternehmen haben ihre Geschäftslage im April deutlich schlechter beurteilt als Anfang Jahr. Damals gab es noch den Euro-Mindestkurs. Laut neuem Geschäftslageindikator der Konjunkturforschungsstelle KOF reagierten Betriebe mit Margensenkungen. Zudem planen sie, weniger Personal zu beschäftigen.

Swisscom überrascht mit mehr Umsatz

Bern – Die Swisscom steigerte den Umsatz im ersten Quartal um 2,6 Prozent auf 2,9 Milliarden Franken. Eine Überraschung. Analysten hatten mit einem sinkenden Umsatz gerechnet. Hauptgründe für das Wachstum waren steigende Verkäufe von Bündelverträgen, die mehrere Angebote kombinieren, und von hochwertigen Smartphones.

Bürgerliche scheitern mit Sparbefehl

Bern – Der Nationalrat will die Ausgaben des Bundes im Jahr 2016 nicht auf dem Niveau von 2014 plafonieren. Er hat Anträge von SVP, FDP und Teilen der CVP, dem Bundesrat eine Ausgaben-grenze von 64 Milliarden Franken vorzugeben, abgelehnt. Neben Links-Grün stellte sich auch die Mehrheit der CVP dagegen. Die Anträge der SVP und FDP scheiterten mit 107 zu 76 Stimmen bei fünf Enthaltungen. Die Beschlüsse fielen bei den Beratungen zum Sparpaket KAP. Diesem stimmte der Rat mit 127 zu 57 zu. Allerdings strich er den grössten Sparposten, welcher die AHV betroffen hätte. Auch die Landwirtschaft soll beim Sparen verschont werden.

Börse & Devisen

SMI	8888.9 (-1.5%)
DOW JONES	17780.1 (-0.8%)
EURO/CHF	1.04
USD/CHF	0.91
GOLD	35040 Fr./kg
ERDÖL	68.20 \$/Fass

Spionage-Projekt Achat

Wonach lauscht der Geheimdienst?

Die Armee investiert bis 2020 etappenweise gut 90 Millionen Franken in ein neues Spionage-Auswertesystem im Zentrum für elektronische Operationen in Zimmerwald BE. Der Sonntags-Blick hat das Projekt «Achat» kürzlich publik gemacht.

Die meisten Politiker hatten bisher keine Ahnung davon. Wurde es etwa am Parlament vorbeigeschleust? **«Nein, es ist in den PEB-Krediten drin», sagt nun Verteidigungsminister Ueli Maurer zu BLICK.** Tatsächlich werden im Budget unter «Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung» jeweils allerlei kleinere Kredite subsumiert. Maurer: «Das Parlament nimmt diese zur Kenntnis und kann auch intervenieren.»

Genau dies tut nun Grünen-Fraktionschef Balthasar Glättli. Er hat eine Interpellation eingereicht, in welcher er nähere Details zum Spionage-Projekt fordert. So verlangt er Auskunft über die genauen Kosten. Und vor allem über die zusätzlichen Fähigkeiten, die mit Achat verbunden sind.

Während das VBS beteuert, dass es sich um «keinen Ausbau» handle, meint Glättli:

«Ich kann mir nicht vorstellen, dass man fast 100 Millionen ausgibt, ohne zusätzliche Fähigkeiten einzubauen. Und ich bezweifle sehr, dass man diese dann nicht auch nutzen will.»

Glättli verlangt zudem Angaben zu den Such-Stichwörtern, nach welchen der Geheimdienst die Satellitenkommunikation abhört. Und ob die Resultate an ausländische Geheimdienste weitergegeben wurden.

«Es braucht endlich öffentlich Klarheit über den Informationsaustausch des Schweizer Geheimdienstes mit anderen Diensten», sagt Glättli. Dies mit Blick auf Deutschland, dessen Geheimdienst im Auftrag der USA Industrie- und Politspionage betrieben hat. **Ruedi Studer**



«Es braucht Klarheit über den Informationsaustausch mit anderen Geheimdiensten.»

Balthasar Glättli, Grünen-Fraktionschef

Anzeige

Special

Hamburger

**Rindfleisch-Burger, 150 g
Pommes frites**

8.95

Rindfleisch: Schweiz




Angebot gültig vom 4. Mai bis 16. Mai 2015.





Für mich und dich. restaurant

www.coop.ch/restaurant